

*Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA*

# ***Extremismuspräventionsatlas (EPA)*** *Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland*

Florian Gruber

*Praxismonitoring*

## Forschungsanlass

Extremistische Szenen präsentieren sich als höchst uneinheitliches Gefüge unterschiedlicher Vertreter und Lager, die sich ihrerseits oft uneinig sind und mitunter gar gegensätzliche Positionen vertreten. Die Mitglieder einer Szene pauschal über einen Kamm zu scheren wäre dementsprechend fatal, denn die Frage, wo innerhalb einer Szene sich eine Person konkret verorten lässt, ist ebenso wichtig, wie ein gezielter Blick darauf, welcher Weg sie letztlich dort hingeführt hat. Denn wenngleich die Entwicklungsverläufe zum Extremismus – unabhängig davon, in welches ideologische Umfeld sich jemand schließlich sozialisiert – im Kern gewisse Ähnlichkeiten aufweisen, zeichnen sie sich doch auch durch ein hohes Maß an Individualität aus (vgl. Lützing 2010).

Komplexität gepaart mit Individualität im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen gezielt zu berücksichtigen ist die besondere Herausforderung, der sich Prävention immer wieder aufs Neue stellen muss. Denn eine „One-for-all“-Strategie, die für allezeit und für alle gleichermaßen funktioniert, gibt es nicht. Zum einen, weil unterschiedlich orientierte Szenen sich – bei aller Gemeinsamkeit – dennoch durch Besonderheiten auszeichnen. Zum anderen müssen altbewährte Strategien immer wieder hinterfragt und gegebenenfalls flexibel angepasst werden, um den Erfolg präventiver Maßnahmen zu sichern. Zielgruppenorientierung, Flexibilität, Innovationsbereitschaft und eine gegenwartsbezogene, gut durchdachte Ansprache sind hierfür maßgebliche Grundvoraussetzungen. Ganz entsprechend dieser Herausforderungen ist die Präventionslandschaft in Deutschland nicht nur einem ständigen Wandel unterworfen sowie stark untergliedert, sondern auch unübersichtlich. Dies zeigt sich insbesondere an der Vielzahl sog. Modellprojekte, deren Ziel die Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze ist.

Eine Besonderheit hierzulande ist, dass im Kontext von Prävention keine strikte Trennung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gezogen wird, sondern beide miteinander kooperieren, das heißt Hand in Hand arbeiten. Diese Zusammenarbeit basiert auf der mittlerweile in Deutschland vorherrschenden Auffassung, dass Prävention nur dann gelingen kann, wenn sie im Sinne einer gesamtgesellschaftlich getragenen Verantwortung von möglichst vielen Akteuren umgesetzt

wird. Dieser Leitgedanke ist folglich auch Kernelement der von der Bundesregierung verfolgten Nationalen Präventionsstrategie in Deutschland (vgl. Die Bundesregierung 2016).

Voraussetzung für eine gelingende und effiziente Prävention in Deutschland ist aber, dass „die eine Hand“ weiß, was „die andere“ macht und dass es einen Austausch zu mehr oder weniger erfolgreichen Praxisansätzen gibt bzw. möglich gemacht werden kann, indem von den jeweilig verfolgten Praxisansätzen wechselseitig Kenntnis genommen werden kann. Diese Voraussetzung kann angesichts einer zunehmend komplexer und unübersichtlich werdenden Präventionslandschaft kaum erfüllt werden.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2018 unter dem Titel „Extremismuspräventionsatlas (EPA)“ eine Datenerhebung gestartet, die fortlaufend angelegt ist. Hieraus ergibt sich ein lebendiger Datenbestand, in den ständig neue Angebote aufgenommen und beendete Maßnahmen auch wieder herausgenommen werden. EPA hat das Ziel, ein möglichst detailliertes Bild davon zu zeichnen, was Extremismusprävention in Deutschland auszeichnet und wie sich diese konkret darstellt: Wo liegen aktuell Schwerpunkte? Was wird konkret angeboten? Welche Zielgruppen werden wie bedient? Deckt das Angebot den Bedarf? Und: Gibt es eventuell Verbesserungsbedarf? Ziel ist es, ein fortlaufendes Monitoring der im steten Wandel befindlichen Präventionslandschaft zu leisten, um so eine empirische fundierte Orientierung zur konzeptionell-strategischen Planung von präventiven Zugängen zu den unterschiedlichen, gleichermaßen im stetigen Fluss befindlichen Phänomenbereichen zu erleichtern.

## Methodik

Zum Zeitpunkt der hier dokumentierten Auswertung für das Jahr 2018 beinhaltete die EPA-Datenbank 1642 Angebote. Dies bildet die empirische Ausgangsbasis für das beabsichtigte fortlaufende Monitoring der Präventionslandschaft. Diese wurden vornehmlich über die Bundes-/ Landesförderprogramme sowie mit Hilfe staatlicher Stellen und auf Basis von Einzelhinweisen zusammengetragen. Aus der Masse der Angebote fanden schließlich nur solche Eingang in EPA, die

(a) in 2018 auch praktisch umgesetzt wurden und  
 (b) sich entsprechend der Einteilung nach IOM (Institute of Medicine) / National Research Council (NRC) 2009 im Bereich von Prävention verorten lassen, also Angebote, die konkret die Vorbeugung extremistischen Denkens und Handelns bzw. die Verhinderung einer Radikalisierung oder Politisch motivierter Kriminalität zum Ziel haben.

Unspezifische Fördermaßnahmen wurden dementsprechend nicht mit aufgenommen.

Als Datengrundlage wurden die im Internet abrufbaren Selbstdarstellungen der einzelnen Angebote und Träger sowie Angaben darüber von Drittsseiten, wie Förderprogramme und Übersichten von Präventionsakteuren, herangezogen. Die Auswertung der Angebote erfolgte entlang vorher festgelegter Kriterien. Zu den untersuchungsrelevanten Aspekten zählten: Angebotsname und Adresse, Reichweite<sup>1</sup>, Trägername, -adresse und Art der Trägerschaft<sup>2</sup>, Arbeitsfeld<sup>3</sup>, Zielgruppe<sup>4</sup>, Angebotsart<sup>5</sup>, Präventionsart<sup>6</sup> und Veröffentlichung von wissenschaftlicher Begleitforschung (Evaluation). Jeweils konkrete Beispiele können dem Kapitel 3 entnommen werden.

Entsprechend diesem Vorgehen basieren die erhobenen Informationen vornehmlich auf Eigenaussagen und Beschreibungen Dritter. Inwiefern sich die gelebte Praxis von dieser Darstellung unterscheidet, kann anhand der hiesigen Untersuchung nicht beantwortet werden – auch, weil nur ein Teil der Maßnahmen näher evaluiert ist bzw. Evaluationsberichte verfügbar sind (s. u.). Wohl aber liefert die Auswertung Erkenntnisse darüber, wie sich die komplexe, ausgesprochen heterogene Extremismusprävention in Deutschland thematisch selbst begreift und darstellt.

---

<sup>1</sup> Kann das Angebot lokal, landes- oder bundesweit genutzt werden?

<sup>2</sup> Zivilgesellschaftlich oder staatlich

<sup>3</sup> Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus/Salafismus, Extremismus allgemein, sonstige Extremismusarten, Medienkompetenz oder Migration/Flüchtlinge

<sup>4</sup> Hier wird unterschieden nach der unmittelbaren (nach Alter und Geschlecht) und mittelbaren Zielgruppe (nach privatem Umfeld und Fachpersonal der Sparten Erziehung/Bildung/außerschul. Jugendarbeit, religiöse Gemeinschaft, kommunale Verwaltung, Sicherheit/Justiz, Hilfsorganisationen/Wohlfahrtspflege, Sportvereine/-verbände, Sonstige )

<sup>5</sup> Ausstiegshilfe, Opferhilfe, Infomaterial, interaktiv, online, Beratung, Vernetzung, Fortbildung, sonstige Wissensvermittlung/Sensibilisierung/Aufklärung.

<sup>6</sup> Universell, selektiv oder indiziert.

Aufgrund der starken Zergliederung und der geradezu ‚explosionsartigen‘ Zunahme von Angeboten innerhalb der letzten Jahre kann hier keinesfalls von einer Vollerhebung ausgegangen werden. Insbesondere kommunalbezogene sowie privat- und ehrenamtlich finanzierte Projekte finden sich nicht vollumfänglich erfasst. Eine systematische bzw. vollständige Erfassung solcher Kleinstprojekte gestaltet sich nicht nur schwierig, sondern ist praktisch quasi unmöglich. Dies ist wesentlich auch darauf zurückzuführen, dass Angebote mitunter kurze Laufzeiten aufweisen oder es sich gar um einmalige Tagesaktionen handelt (vgl. MAPEX-Verbund 2021). Gleichwohl bildet EPA sehr umfassend ab, was unter dem Etikett der Extremismusprävention derzeit von Bund und Ländern bundesweit, regional und kommunal gefördert oder teils auch selbst umgesetzt wird. Insofern bildet EPA durchaus die Präventionslandschaft hinsichtlich ihrer mittel- bis längerfristig angelegten Angebotsstrukturen recht umfassend ab. Und es besteht begründete Hoffnung, dass sich die Kartografie der Präventionslandschaft über den Wirkbetrieb des fortlaufenden Monitorings noch feiner ausdifferenzieren wird.

## Bisherige Ergebnisse<sup>7</sup>

Die Bedeutung der Extremismusprävention hat in den letzten Jahr(zehnt)en nicht zuletzt auf Grund neuer extremistischer Ausprägungen in Folge geopolitischer sowie terroristischer Ereignisse in Europa beständig zugenommen. Das hieraus erwachsene präventive Angebot in Deutschland weist einen äußerst vielfältigen Charakter auf, stellt sich jedoch auch als recht unübersichtlich dar. Der folgende Abschnitt vermittelt auf Basis der Analyse von 1642 im Jahreszeitraum 2018 laufenden Präventionsangeboten einen zusammenfassenden Überblick über die Präventionslandschaft in Deutschland und betrachtet diese im Spiegel des Aufkommens Politisch motivierter Kriminalität (PMK).

---

<sup>7</sup> Das „Handbuch Extremismusprävention“ (Ben Slama & Kemmesies 2020) beinhaltet als das Kapitel „Extremismuspräventionslandschaft – eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählter Präventionsstrategien aus dem europäischen Ausland“ eine noch detailliertere Betrachtung als hier.

### Verteilung und Reichweite

Die Projekte verteilen sich nahezu zu gleichen Anteilen auf Ost- und Westdeutschland (51 % Ost, 49 % in West)<sup>8</sup>. Hierdurch erscheint Ostdeutschland, welches insgesamt nur knapp 20 % der Gesamtbevölkerung auf sich vereint, auf den ersten Blick überrepräsentiert (für eine Bewertung siehe 3.6). Die überwiegende Mehrzahl (80 %) präventiver Projekte ist landesweit bzw. kommunalbezogen tätig. Einen bundesweiten Ansatz verfolgt etwa jedes fünfte Angebot.

Neben dem Modell mobiler Angebote, die bei Bedarf vor Ort aktiv werden und nach individuellen Lösungen suchen, um so lokalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, ist auch die Bildung von Netzwerken (44 %) üblich: Bestehend aus lokalen Angeboten aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Sportvereine, religiöse Gemeinschaften, kommunale Verwaltung u. W., die sich den besonderen Anforderungen im Rahmen der Extremismusprävention gemeinsam stellen. Typische Beispiele hierfür sind Beratungsnetzwerke, die „Partnerschaften für Demokratie“ oder „Demokratiezentren“.

Die Angebotsdeckung in Deutschland ist insgesamt flächendeckend. Zu berücksichtigen bleibt jedoch, dass lokal auftretende Phänomene, wie beispielsweise Demonstrationen im Anti-Asyl-Kontext oder gegen Corona-Schutzmaßnahmen, Musikgroßveranstaltungen, Kampfsportveranstaltungen („Kampf der Nibelungen“), Versammlungen im Zusammenhang mit NATO- oder G-7/G-20-Gipfeln sowie Kundgebungen an so genannten Wallfahrtsorten von Nationalsozialisten (etwa am Volkstrauertag 17. November) durch bundesweite Mobilisierung immer auch eine überregionale Komponente aufweisen. Beispiele wie diese verdeutlichen, dass lokale Maßnahmen zwar einen gewissen Einfluss und eine präventive Wirkung entfalten können (z. B. Runde Tische, Gegendemonstrationen, Bürgerinitiativen), auf Grund ihrer begrenzten Reichweite Prävention jedoch nur als „überregionales Zusammenspiel“ funktionieren kann.

---

<sup>8</sup> Berechnung erfolgte unter Ausschluss rein bundesweit agierender bzw. abrufbarer Angebote und solcher, die sowohl in mind. einem Bundesland im Osten als auch im Westen, aber nicht deutschlandweit arbeiten (n=340). Hierunter fallen nach hiesigem Verständnis auch Internetangebote, sofern der Zugang nicht nur einer speziellen Zielgruppe möglich ist (z. B. Jugendliche aus Stadt X, die sich über ein Passwort einloggen). Das Bundesland Berlin wurde hier dem Osten zugeordnet.

### *Hand in Hand – Staat und Zivilgesellschaft*

Offenbar wird in Deutschland die Extremismusprävention in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung des Staates (42 %) und der Zivilgesellschaft (58 %) kooperativ gelebt. So kooperieren Vereine und staatliche Stellen häufig über Runde Tische, wenn es etwa im Rahmen indizierter Präventionsangebote bzw. Deradikalisierungsmaßnahmen um konkrete Fallarbeit geht. Netzwerkartig organisierte Angebote, wie etwa die „Partnerschaften für Demokratie“, werden hingegen in der Regel von staatlicher Seite finanziert und koordiniert. Die konkrete Präventionsarbeit wird jedoch vor allem über die angegliederten zivilgesellschaftlichen Initiativen unter Einbeziehung lokaler Besonderheiten geleistet.

Aber auch dort, wo zivilgesellschaftliche und staatliche Träger weitestgehend unabhängig voneinander arbeiten, ergänzen sich deren Angebote in aller Regel wechselseitig und tragen so zu einer Fülle an Angeboten bei, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Über die Jahre ist in ganz Deutschland ein recht breit gefächertes Portfolio an Angeboten entstanden, welches von Broschüren zur Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung über lokal verankerte oder mobile Beratungsstellen zur Unterstützung von Institutionen oder Angehörigen bis hin zu Online-Angeboten für Betroffene reicht.

Ein Vorteil, den dieses umfangreiche und von unterschiedlicher Seite getragene Präventionsangebot mit sich bringt, liegt auf der Hand: Nicht jeden spricht das Gleiche an. So hat der/die Ratsuchende in aller Regel die Wahl, ob er/sie sich lieber an eine behördliche Stelle, wie etwa Polizei oder Verfassungsschutz, wendet oder eine zivilgesellschaftliche Einrichtung bevorzugt.

Die in Deutschland erfolgreich praktizierte enge Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen der Extremismusprävention kann durchaus als eine Besonderheit angesehen werden.

Dennoch sollte dem Eindruck einer zunehmenden Überführung von staatlicherseits wahrgenommenen Aufgaben auf zivilgesellschaftliche Träger i. S. eines Weiterdelegierens von Verantwortung (= Outsourcen des Risiko-Managements) seitens des Staates insbesondere angesichts der Sensibilität

des Handlungsfeldes dringend entgegengewirkt werden und stattdessen im Sinne einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme zusammen mit zivilgesellschaftlichen Trägern agiert werden. Nur so ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und Vernetzung „auf Augenhöhe“ möglich (Gruber et al. 2017, 27).

### *Zielgruppen und Fokus*

Grundsätzlich lassen sich zwei Zielgruppen präventiver Maßnahmen unterscheiden: Die (potenziell) Betroffenen selbst (unmittelbare, direkte Prävention) sowie deren soziales Umfeld (z. B. Familie, Schule, Justizvollzug), über das mittelbar, d. h. indirekt, Personen erreicht werden sollen, die sich (potenziell) radikalieren (könnten). Erfahrungsgemäß kommt dem sozialen Umfeld sich (potenziell) radikalisierender Personen eine wichtige Bedeutung zu, wenn es darum geht, Radikalisierungstendenzen zu erkennen (sog. Indikatorfunktion). Denn zum einen sucht das soziale Umfeld in aller Regel noch vor dem Betroffenen selbst nach Rat und Unterstützung (z. B. bei Beratungsstellen oder Hotlines), zum anderen sind Radikalisierte nicht immer direkt ansprechbar – hier bietet das soziale Umfeld häufig eine gute Zugangsmöglichkeit (z. B. über die Familie, Peergroup oder Institutionen wie Schule, Vereine).

Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit spielen vor diesem Hintergrund eine ebenso wichtige Rolle, wie das gezielte Schaffen von Anlaufstellen, an die sich Familienangehörige, Freunde, enge Verwandte sowie Fachpersonal aus Erziehung/Bildung, religiösen Gemeinden oder der öffentlichen Verwaltung wenden können.

Ein Anteil von 77 % aller präventiven Maßnahmen richtet sich unmittelbar an (potenziell) betroffene Jugendliche und/oder (junge) Erwachsene. Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter werden von etwa jedem fünften Angebot adressiert (19 %). Für die Zielgruppe der Kindergartenkinder und Grundschul Kinder bleibt zu berücksichtigen, dass das Extremismuspräventionsangebot nur einen Teil der präventiven Maßnahmen für diese Altersstufe abbildet, für die insgesamt ein breites Angebot im Rahmen der allgemeinen Entwicklungsförderung zur Verfügung steht. Dabei werden vor allem einem allgemein-kriminalpräventiven Verständnis folgend grundlegende Schutzfaktoren gestärkt, die zur Vermeidung selbst- und

fremdschädigenden Verhaltens, wie z. B. Suchtentwicklung, aggressives oder kriminelles Verhalten, beitragen. Für gewöhnlich stellen diese Präventionsprojekte daher noch keinen konkreten Bezug zu einem speziellen Handlungsfeld her und lassen sich dementsprechend auch nicht unter dem Etikett „Extremismusprävention“ subsumieren.

Genderspezifische Angebote spielen in der Extremismusprävention nur eine nachrangige Rolle.

Der größte Teil präventiver Maßnahmen (85 %) richtet sich an Personen, die noch nicht in Kontakt mit radikalen Milieus und extremistischen Ansichten gekommen sind (universelle Prävention). Dies trifft auf den Großteil der Normalbevölkerung und Fachpersonal zu. Etwa die Hälfte aller Angebote (47 %) richtet sich hingegen einerseits an sog. ‚Risiko-Personen‘, die auf Grund ihrer individuellen Lebenssituation mit einem erhöhten Risiko assoziiert werden, sich in extremistische Umfeldler zu sozialisieren (selektive Prävention). Gründe hierfür können beispielsweise das Aufwachsen in einer extremistischen Familie oder Bezüge zu radikal-extremistischen Gruppen sein. Außerdem existieren Projekte im Bereich selektiver Prävention, die gezielt versuchen, das soziale Umfeld von ‚Risiko-Personen/-Gruppen‘ in die Lage zu versetzen, kompetent mit entsprechenden Personen zu arbeiten und ggf. geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Etwas mehr als ein Drittel (35 %) der Maßnahmen bieten entweder direkt Hilfeleistungen für Personen, die fest in einer extremistischen Struktur verankert sind an, vermitteln Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute oder beziehen das engere soziale Umfeld, wie die Familie, mit ein, um Betroffenen Ausstiegsoptionen aufzuzeigen und entsprechende Maßnahmen konkret anbieten zu können (indizierte Prävention). In der Regel handelt es sich hierbei um Aussteigerprogramme bzw. Distanzierungsberatungen.

Da der Entwicklungsprozess hin zum Extremisten nicht stufenartig, sondern fließend verläuft, lassen sich auch Präventionsangebote oftmals mehreren dieser Arbeitsfelder zuordnen. Solche „Schwellenprojekte“ zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Übergangsbereich von universeller zu selektiver oder von selektiver zu indizierter Prävention angesiedelt sind.

### *Die Vielfalt der Arbeitsformate*

Das Angebot insgesamt ist breit gefächert und abwechslungsreich. Die Angebotsvielfalt spiegelt sich auch in der zeitlichen Dimension wider: Beratung geschieht sowohl punktuell einmalig als auch prozessbegleitend bis hin zu mehreren Jahren. Beratungsleistungen, egal ob im Rahmen einer lokal gebundenen Beratungsstelle oder in Form eines mobilen Beratungsdienstes, sind zentraler Bestandteil von fast der Hälfte aller Angebote (46 %). Bezogen auf das Gesamtangebot richten sich neben den sog. Aussteigerprogrammen (auch: Ausstiegs- bzw. Distanzierungsbegleitung – 6 % aller Angebote) insgesamt 7 % aller Angebote an die Opfer extremistischer Gewalt.

Neben einer Vielzahl informatorischer Online- und Offline-Angebote (27 %), wie beispielsweise Broschüren, Handbücher oder Webseiten, existieren mittlerweile auch interaktive, online basierte Angebote (z. B. Beratungsleistungen, Schulungen oder Online-Sozialarbeit), die einen Anteil von immerhin 4 % am Gesamtangebot haben. Nach wie vor sind die meisten Präventionsangebote dem Bereich der „Aus-/ Fort- und Weiterbildung“ zuzuordnen (48 %): Konkret handelt es sich hierbei vor allem um Angebote zur Kompetenzerweiterung, wie z. B. Fachvorträge, Multiplikatorenschulungen oder Workshops, Mitarbeitertrainings von Organisationen oder Vereinen im Umgang mit Auffälligkeiten im Kollegenkreis und/oder schwierigem Klientel. Da Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für gewöhnlich entlang eines thematischen Schwerpunkts entwickelt werden (etwa: Umgang mit sich radikalierenden Jugendlichen; Unterschied zwischen Islam und Islamismus), richten sie sich in der Regel auch an mehrere Zielgruppen. Die am häufigsten adressierte Gruppe lässt sich unter dem Dachbegriff (haupt- bzw. ehrenamtlich tätiges) ‚Fachpersonal‘ zusammenfassen, wobei darunter vorrangig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Erziehung, Bildung und außerschulische Jugendarbeit adressiert werden (73 %).

Die Aus- und Fortbildungsangebote richten sich in der Gruppe des Fachpersonals an Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung (32 %), von Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden (31 %), religiösen Gemeinschaften (27 %), Sportverbände und -vereine (24 %) und/oder Sicherheits- und Justizbehörden (19 %). In der Regel werden die Maßnahmen in der Absicht durchgeführt, dass die Vermittlung von Kompetenzen zum

frühzeitigen Erkennen kritischer Entwicklungen dazu führen, etwaig kritische Radikalisierungsprozesse bereits im Anfangsstadium identifizieren und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Des Weiteren wird auf den Multiplikatoreneffekt abgezielt, durch den das Wissen über die Fortbildung zentraler Schlüsselpersonen eines Kollegiums in diesem an alle weitergegeben werden kann.

Die Effizienz und Effektivität einzelner Schulungsmaßnahmen sind aber nicht abschätzbar, da bisher auf systematische Evaluationen solcher Maßnahmen nicht zurückgegriffen werden kann. Welches präventive Potenzial Schulungsmaßnahmen tatsächlich entfalten, ist letzten Endes daher nicht nachvollziehbar.

In der direkten Arbeit mit Jugendlichen hingegen findet Aufklärung vornehmlich im Rahmen von Workshops und Projektwochen/-tagen statt. Eine Ausnahme bildet hier die Ausbildung zur Peer-Beratung (Gleichaltrige helfen sich gegenseitig; z. B. Konfliktlotsen an Schulen), die sich an Jugendliche richtet und sich vom Selbstverständnis her auch als Ausbildung versteht. Hierbei ist zunächst der direkte präventive Effekt bei den Jugendlichen selbst angestrebt, der dann um die Ausbildung und indirekte Weitergabe des Wissens an Gleichaltrige erweitert wird entsprechend einem Peer-to-Peer-Ansatz.

#### *Profile unterschiedlicher Arbeitsfelder*

Der größte Anteil der Angebote widmet sich dem Rechtsextremismus (64 %), gefolgt von Extremismus allgemein (62 %), Islamismus/Salafismus (32 %), sonstiger Extremismus (10 %) und Linksextremismus (7 %).

Die Rechtsextremismusprävention zeigt sich als gut vernetzter, flächendeckend gewachsener Bereich mit dem größten Erfahrungswissen. Sie blickt in Deutschland mittlerweile auf eine lange Tradition zurück. Ausgehend von fremdenfeindlichen Ausschreitungen wie 1991 in Hoyerswerda haben sich seit den 1990er Jahren feste Strukturen, Netzwerke und Angebote etabliert, die in erster Linie die Zielgruppe von Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen fokussieren. Egal ob selbst betroffen, ratsuchend aus familiärem, sozialem oder beruflichem Umfeld der betroffenen Person oder aus sozialarbeiterischen professionellen Arbeitsfeldern, die mit

dem Phänomen konfrontiert sind sowie Opfergruppen extremistischer Gewalt – all diese Zielgruppen finden eine breite Auswahl an spezifischen Angeboten. Und dort, wo der Weg zur nächsten Beratungsstelle zu weit ist, besteht in der Regel die Möglichkeit, auf mobile (sowie natürlich auch internetgebundene) Angebote zurückgreifen zu können.

Wenn es beispielsweise darum geht, auch neueren Erscheinungsformen des Extremismus vorbeugend zu begegnen, kann auf den über die Jahre gewachsenen Erfahrungsschatz der Rechtsextremismusprävention zurückgegriffen werden. So hat es sich auch beim Einstieg in die Islamismusprävention gezeigt.

Das im Vergleich zum Bereich Rechts relativ neue und noch im Wachsen begriffene Feld der Islamismusprävention weist schon heute eine auffallend gute Struktur und Angebotsbreite auf. Ausgehend von der stetig wachsenden Bedeutung des religiös begründeten Extremismus seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, sind vielfältige phänomenspezifische Präventionsangebote entstanden. Insbesondere nach dem Anstieg der Ausreisen aus Deutschland in die Krisengebiete Syriens und des Irak konnte so auf eine neue Herausforderung reagiert und ein auffallend klar definiertes, umfangreiches und vielfältiges Angebotsspektrum entwickelt werden.

Als eine Besonderheit fällt auf, dass im Rahmen der Islamismusprävention deutlich häufiger das soziale Umfeld der Betroffenen – insbesondere die Familie sowie religiöse Gemeinschaften – angesprochen wird, als dies in den anderen Phänomenfeldern der Fall ist.

Anders als bei der Rechtsextremismusprävention, wo die Ausstiegshilfe mit 5 % einen eher geringen Anteil ausmacht, nehmen Ausstiegs- und Distanzierungsangebote in der Islamismusprävention derzeit einen deutlich höheren Stellenwert ein (11 %).

Unterschiede zwischen der Rechtsextremismus- und Islamismusprävention betreffen ferner einerseits die geografische Verteilung und andererseits die Organisation. Während die Islamismusprävention stärker auf sog. „Hot Spots“ islamistischer Radikalisierung ausgerichtet ist, sind Angebote zur Vorbeugung des Rechtsextremismus insgesamt geografisch

besser verteilt. Zudem findet sich im Bereich der Islamismusprävention ein etwas größerer Anteil an Maßnahmen in staatlicher Trägerschaft.

Die Linksextremismusprävention kann in den letzten Jahren zwar eine gestiegene Anzahl an Angeboten vorweisen, hat aber im Verhältnis zum Straftatenaufkommen und dem Umfang sicherheitsbehördlich relevanter radikaler Gruppierungen einen überschaubaren Zuschnitt: Linksextremismus ist das am wenigsten adressierte Phänomen innerhalb der Extremismusprävention. Sie unterscheidet sich in Bezug auf die anderen Phänomenbereiche insbesondere dahingehend, dass sie einen deutlich herausragenden Anteil staatlicher Angebote (87%) im Vergleich zu Angeboten in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft aufweist, den größten Anteil bundesweit agierender Projekte (36 %) hat und in großen Teilen „Informationsmaterial“ (34 %) anbietet. Es wird demnach weniger einzelfallorientierte Arbeit geleistet, als dies in den anderen Phänomenbereichen der Fall ist.

Neben den ‚ideologiespezifischen‘ Maßnahmen einer Islamismus-, Links- und Rechtsextremismusprävention zielen zahlreiche Angebote (62 %) ergänzend oder ausschließlich ganz allgemein auf Einstellungen und Verhaltensweisen, die nicht im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen (allgemein extremismuspräventive Angebote). Solche Angebote weisen vornehmlich einen universell-präventiven Charakter auf und richten sich fast ausschließlich an Fachpersonal sowie breite Teile der Gesamtbevölkerung.

Angebote, die allgemeine Extremismusprävention beinhalten, sind stärker von zivilgesellschaftlichen Trägern (58 %) getragen, als dies in den spezifischen Phänomenbereichen der Fall ist (48 % Rechtsextremismus, 43 % Islamismus, 13 % Linksextremismus). Etwa ein Drittel (30 %) der allgemein extremismuspräventiven Angebote ist gänzlich phänomenunspezifisch ausgerichtet, indem im Wesentlichen das übergreifende Ziel von Demokratieförderung verfolgt wird. Das Gros (70 %) der Extremismus allgemein adressierenden Präventionsangebote setzt jedoch ergänzend einen konkreten phänomenologischen Schwerpunkt – überwiegend mit Blick auf den Rechtsextremismus (64 %) gefolgt vom Islamismus (28 %).

Der Vorteil phänomenunspezifischer Angebote im Bereich der Extremismusprävention liegt darin, mögliche Labeling- bzw. Etikettierungseffekte

gegenüber den Bevölkerungsgruppen auszuschließen, die mit dem jeweiligen ideologisch-konnotierten Radikalisierungsgeschehen assoziiert werden. Eine phänomenspezifische Prävention läuft Gefahr, der jeweiligen Ideologie, der jeweils vermuteten politischen Motivationslage eine Bedeutung zuzuweisen, die sie möglicherweise für den Betroffenen häufig selbst nicht hat.

Darüber hinaus gibt es Angebote, die konkrete Phänomene adressieren, aber nicht den Feldern Rechts-, Linksextremismus oder Islamismus zugeordnet werden können (sonstige Extremismusarten). Der Anteil dieser Projekte liegt bei 10 % und umfasst Themen wie beispielsweise türkischen Nationalismus, die PKK sowie das Phänomen der sog. Reichsbürger/Selbstverwalter, das Schnittmengen zum Rechtsextremismus aufweist.

Bundesweit wird viel Informationsmaterial für Staatsbedienstete angeboten, um für die Gefahren der Reichsbürger-/Selbstverwalterszene zu sensibilisieren. Leider fehlt es komplett an speziellen Präventionsangeboten, darunter auch Ausstiegsmöglichkeiten, für die (potenziell) Betroffenen selbst. Es könnte aber auch das umfangreiche Präventionsangebot zum Rechtsextremismus teilweise mitgenutzt werden.

Grundsätzlich hinkt die Prävention im Bereich des Auslandsbezugs den dynamischen Entwicklungen hinterher: Internationale Konflikte wirken sich auf Gruppen mit entsprechenden nationalen/regionalen Bezügen in Deutschland aus. Hierzu existieren in Deutschland nur sehr wenige Präventionsangebote.

Die Prävention nimmt immer wieder aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Trends auf, wodurch es zu thematischen Schwerpunktsetzungen kommt. 40 % der Angebote greifen das weiterhin insbesondere in rechten Umfeldern radikal-streitbar aufgegriffene Thema Migration auf, wozu nicht zuletzt die großen Flüchtlingszuströme in den Jahren 2015/2016 beigetragen haben dürften. Daneben existiert auch ein breit gefächertes präventives Angebot, welches sich auch an die migrantische Bevölkerung richtet.

Typische Beispiele für Projekte mit Themenbezug sind etwa Planspiele zu neuen Flüchtlingsheimen in einer fiktiven Stadt sowie Sensibilisierungsflyer

hinsichtlich rechtsextremistischer Angriffe und islamistischer Propaganda oder Rekrutierungsversuche, denen Flüchtlinge/Asylbewerber\*innen ausgesetzt sind. Auch für die ehrenamtlichen Helfer\*innen im Rahmen der Flüchtlingsarbeit wurden vielfältige Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen entwickelt.

Die Extremismusprävention reagiert mit der Vermittlung von Medienkompetenz (14 %) auf die Bedeutung des Internets im Radikalisierungs-geschehen, um (insbesondere junge) Internetnutzer\*innen zu befähigen, mittels eines qualifizierten und kritischen Umgangs mit Medien extremistische Propaganda zu erkennen und dekonstruieren zu können.

Offensichtlich nutzt die Extremismusprävention den erweiterten Möglichkeitsraum neuer Techniken und Medien bisher noch recht übersichtlich: So handelt es sich bei knapp 4 % der Projekte um online-basierte, interaktive Angebote. Unter solche Angebote fallen beispielsweise Schulungen, Beratungsangebote oder auch Online-Sozialarbeit. Über die Nutzung sozialer Medien-Kanäle sind beispielsweise auch Zielgruppen zu erreichen, die durch eine rein „passive“ Verbreitung präventiver Botschaften (z. B. über entsprechende Webseiten) nicht angesprochen werden.

Es wird zu prüfen sein, inwieweit es in diesem Feld ab 2020 infolge der Corona-Krise zu einem Angebotsanstieg gekommen ist.

#### *Prävention 2018 im Spiegel Politisch motivierter Kriminalität 2017*

Die über den „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfassten Fälle bilden das Hellfeld politisch motivierter Straftaten im Verdachtsstadium ab und lassen innerhalb der Bevölkerung keine Schlussfolgerungen über radikale oder extremistische Einstellungen zu, die losgelöst von den Straftaten auftreten, die den Behörden bekannt werden. Die gemeinsame Betrachtung von Präventionsangeboten und dem Fallzahlenaufkommen im Bereich der PMK soll hier nicht kurzschlüssig als eine „Angebots-Bedarfs-Analyse“ verstanden werden, weil einerseits die Anzahl vorhandener Präventionsangebote allein noch kein Indikator für die Qualität und die Deckung des Präventionsbedarfs darstellt sowie andererseits unberücksichtigt bliebe, inwiefern bzw. mit welchem Zeitverzug präventives Handeln auf messbare

Veränderungen des Präventionsgegenstandes (hier: PMK) reagiert oder aber die Prävention zu einem Absinken der Fallzahlen führt und so ggf. dann einem geringeren Bedarf gegenüber stünde. Gleichwohl kann das Fallzahlenaufkommen im Bereich der PMK orientierend als ein vergleichsweise systematisch erhobener Bedarfsindikator herangezogen werden, vor allem dann, wenn es über einen längeren Zeitraum in Gestalt eines Monitoringansatzes geschieht.

Mit einem Anteil von 52 % am Gesamtfallzahlenaufkommen nimmt PMK - rechts - im Jahr 2017 einen deutlich höheren Stellenwert ein, als PMK - links - (25 %) oder PMK - religiöse Ideologie -<sup>9</sup> (3 %). Das Straftatenaufkommen speziell im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität (PMK-G) verteilt sich zu 52 % auf den Bereich Links, zu 30 % auf Rechts und zu 2 % auf die religiöse Ideologie.

So spiegelt die Beobachtung, dass der überwiegende Anteil (64 %) präventiver Bemühungen auf die Prävention von Rechtsextremismus ausgerichtet ist, durchaus den Umstand wider, dass rechts-motivierte Straftaten ebenfalls den höchsten Anteil am Gesamtaufkommen politisch motivierter Straftaten ausmacht.

Obwohl islamistisch motivierte Straftaten nur einen geringen Anteil am Gesamtstrafatenaufkommen ausmachen, ist ein sehr großer Anteil von 32 % der erhobenen Präventionsangebote auf diese Extremismusart ausgerichtet und nimmt einen deutlich höheren Stellenwert ein als linkspräventive Angebote, die nur einen Anteil von 7 % an allen Präventionsangeboten auf sich vereinen. Diese im Spiegel der Kriminalstatistik überproportional erscheinende Angebotsdichte zu diesem Phänomenbereich ist wohl als Ausdruck zu werten, dass der islamistische Extremismus mit einem deutlichen höheren Terrorismuspotenzial assoziiert ist. Der geringe Anteil präventiver Maßnahmen im Bereich Linksextremismus deutet darauf hin, dass dem linksaffinen Personenpotenzial mit den vorhandenen Präventionsangeboten nicht adäquat begegnet wird, was u. a. durch das vergleichsweise hohe Aufkommen an linksmotivierten Gewaltdelikten auffällig ist.

---

<sup>9</sup> Wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen Straftaten aus dem Bereich Islamismus/Salafismus.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass etwas mehr als die Hälfte der erfassten Präventionsangebote ausschließlich im Osten (51 %) zu verorten sind. Da Ostdeutschland nur knapp 20 % der Bundesbevölkerung auf sich vereint, deutet die Angebotsverteilung darauf hin, dass sich deutlich intensivere Präventionsbemühungen im Osten finden lassen.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl fällt auf, dass dies tendenziell im Einklang mit dem dort nachweislich höheren Aufkommen an PMK im Allgemeinen sowie PMK-G im Speziellen steht<sup>10</sup>. Die Anzahl der Fälle PMK pro 100TSD Einwohner sind im Jahr 2017 in Ostdeutschland fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland. Auch eine Betrachtung der Verteilung der Präventionsangebote pro 100TSD Einwohner zeigt ein Verhältnis zu Gunsten des Ostens, wo etwas über viermal so viele Angebote durchgeführt werden wie in Westdeutschland<sup>11</sup>. Somit stehen die beobachtbaren regionalen Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland hinsichtlich der Dichte von Präventionsangeboten in weitgehendem Einklang mit dem jeweils regionalräumlich differenten Straftatenaufkommen im Bereich der PMK.

### *Wissenschaftliche Begleitforschung / Evaluation*

Zur Effektivität der Angebote lassen sich nur vereinzelt nähere Aussagen treffen, was Ausdruck eines Evaluationsdefizits bzw. eines Defizits einer transparent dokumentierten und für Dritte zugänglichen Evaluationspraxis sein kann: Evaluationen werden zwar punktuell durchgeführt, die Berichte aber in den seltensten Fällen veröffentlicht (2 %). So verbleibt weiterhin das entwicklungsfördernde, innovative Potenzial eines offen-transparenten Know-how-Austauschs zu ‚guter‘ und ‚schlechter‘

<sup>10</sup> Durchschnittliche Anzahl von PMK-Straftaten pro 100TSD Einwohner Ost/West: 96/36; PMK -rechts- 57/17; PMK -links 20/10 ; PMK -rel.- 2,7/1,0; PMK-G pro 100TSD Einwohner: 8,0/3,7; PMK-G -rechts-: 3,8/0,8; PMK-G -links- 2,8/2,3; PMK -rel.- 0,2/0,1.

Diese und alle sonstigen Berechnungen erfolgten auf Basis veröffentlichter Lagebilder Politisch motivierter Kriminalität (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018, Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg 2018, Der Polizeipräsident in Berlin 2018, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern 2018, Sächsisches Staatsministerium des Innern 2018, Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt 2018, Staatskanzlei Sachsen-Anhalt 2018, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2018 sowie Statistisches Bundesamt (DESTA-TIS) 2018; vgl. Literaturverzeichnis).

<sup>11</sup> 4 Angebote pro 100TSD Einwohner in Ostdeutschland gegenüber 1 Angebot pro 100TSD Einwohner in Westdeutschland.

Praxis ungenutzt. Anzufügen ist hier die beobachtbare Entwicklung, dass erfreulicherweise immer mehr Träger Unterlagen und Konzepte ihrer Projekte und Fortbildungsmaßnahmen im Internet veröffentlichen, so dass hier ein erster orientierungsstiftender Schritt zur Transparenzsteigerung in der Extremismusprävention getan ist.

## Ausblick

Die Monitoring-Daten von EPA werden – wie bereits angesprochen – sukzessive mit dem MOTRA-Radikalisierungsmonitoring und dessen vielfältigen Datenbeständen stärker verknüpft. So werden künftige differenziertere Analysen möglich, inwieweit sich Angebot und Bedarf entsprechen. Entsprechende Befunde versprechen unterstützende Orientierung im Bemühen um evidenzbasierte Gestaltung der Präventionspraxis zu einem hoch dynamischen und herausfordernden Phänomenfeld.

Dieser Bericht wird fortlaufend fortgeschrieben auf der Grundlage des nunmehr gestarteten kontinuierlichen Monitorings der Präventionslandschaft. Das fortlaufende Monitoring wird quasi in Echtzeit über eine Website ([www.extremismuspräventionsatlas.de](http://www.extremismuspräventionsatlas.de)) nachverfolgbar sein. Jeweils zum Jahresende wird der aktuelle Datenbestand ausgewertet und wie vorstehend dokumentiert zusammenfassend präsentiert, indem auffällige Veränderungen und neue Entwicklungen herausgestellt werden. Gegenüber den hier mit Bezugsjahr 2018 im Überblick präsentierten 1.642 Angebote beträgt der aktuelle in EPA erfasste Datenbestand 2.200 Angebote, die erweitert um die zusätzliche Erhebung bis Ende des Jahres Grundlage für die fortlaufende Berichterstattung des MOTRA-Monitor 2021 werden.

Ziel von EPA ist es auch als Transfer- und Serviceleistung, die Extremismusprävention in Deutschland durch die Vernetzung der Präventionsakteure zu fördern sowie dem ratsuchenden Umfeld einer radikalisierten Person mit Erstinformationen zu helfen. Hierfür werden die Inhalts- und Kontaktdaten der Präventionsangebote und -träger kontinuierlich auf der o. g. Webseite veröffentlicht. Dabei wird als Service eine rechnerfähige interaktive Landkarte, eine Newsletterfunktion und die Möglichkeit geschaffen, auf noch nicht erfasste Angebote aufmerksam zu machen.

## Literatur

Die Bundesregierung (2016). *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. 1. Aufl., Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Berlin.

Gruber, F. & Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland. Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Bundeskriminalamt (Hrsg.), Wiesbaden.

Institute of Medicine (IOM) & National Research Council (NRC) (2009). *Preventing Mental, Emotional, and Behavioral Disorders Among Young People. Progress and Possibilities*. National Academy of Sciences, Washington D.C (USA).

Lützing, S., Gruber, F. & Hedayat, A. (2020). *Extremismuspräventionslandschaft. Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählter Präventionsstrategien aus dem europäischen Ausland*. Ben Slama, B. & Kemmesies, U. (Hrsg.). Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Bundeskriminalamt, Wiesbaden, 597 - 626.

Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Polizei + Forschung, Bd. 40, Köln.

MAPEX-Verbund („*Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*“) (o. J.). Online-Abschlussveranstaltung zum Forschungsprojekt am 26.02.2021. Erläuterungen zur Methodik. Bielefeld.

